

«Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung»

Hausarzt und FL-Co-Präsident Pepo Frick plädiert für ein Nein zum Neubau des Landesspitals und fordert eine Planung mit den Experten.

Interview: Desirée Vogt*

Herr Frick, Sie sagen, dass die Regierung mit dem geplanten Neubau des LLS alten Wein in neuen Schläuchen verkauft. Doch seit dem Jahr 2011 hat sich vieles verändert, das Konzept wurde der heutigen Zeit angepasst. Warum ist es in Ihren Augen dennoch «alter Wein»?

Pepo Frick: Das ist falsch – Konzept und Leistungsauftrag wurden eben nicht angepasst. Wir sind laut Regierungsbericht immer noch auf dem Stand von 2008 und dieses Projekt wurde 2011 mit einem unmissverständlichen Nein abgelehnt. Zum Glück haben wir damals Nein gesagt, sonst hätten wir heute ein überdimensioniertes Spital mit 80 Betten. Erneut stimmen wir über eine Gebäudehülle ab, ohne den Inhalt zeitgemäss zu definieren. Die Regierung ist auch acht Jahre später taub gegenüber regionalen und fachlichen Argumenten. Daher ein klares Nein.

Wie sehen Sie die Lage eines Landesspitals im Kontext der umliegenden medizinischen Versorgungseinrichtungen?

Seit Jahrzehnten profitieren wir von diversen Angeboten des Kantons St. Gallen. Nun fährt die Regierung einen zermürbenden Wettbewerb mit dem anerkannten Regionalspital Grabs. Dafür ist unser Einzugsgebiet jedoch zu klein und die möglichen Fallzahlen von 2000 in Vaduz bleiben weit unter den von der Regierungsstudie geforderten 5000 stationären Fällen pro Jahr. Zitat aus dieser Studie (Pricewaterhouse Coopers, 4/18, Seite 19): «Aufgrund der beschriebenen sehr hohen Konkurrenzsituation und der notwendigen Investitionen am Standort Vaduz sollte eine grundlegende Veränderung in der Gesundheitsversorgung Liechtensteins in Betracht gezogen werden. Andernfalls ist aufgrund einer angebotsinduzierten Nachfrage eine Mengenausweitung als möglich anzusehen, was mit steigenden Gesundheitskosten einhergeht ...» Wenn auf eine solche Expertenaussage kein Nein folgt, weiss ich auch nicht weiter.

Welche Rolle spielen die Fallzahlen für die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Liechtenstein?

Eine ganz entscheidende. Sie sagen etwas über die Qualität der medizinischen Versorgung aus. Wenn ich eine Operation nur einmal im Monat durchführe, erreiche ich nie den Grad der Fertigkeit, den jemand entwickelt, der diese Operation mehrmals die Woche macht. Ein Spital mit zu wenig Fallzahlen kann die erforderliche Qualität nie erreichen. Vor der Landtagssitzung im Juni 2019 hat unser Krankenkassenverband einen Bericht an alle Abgeord-

neten geschickt. Darin wird die Situation in Dänemark zitiert, welches nach einer grundlegenden Restrukturierung heute für jeweils 230 000 Einwohnerinnen/Einwohner ein akut-somatisches Regionalspital führt. Und die Regierung will sich ein Akutspital bei 40 000 Einwohnern leisten – im Wissen, dass viele eine Behandlung im Ausland vorziehen. Nicht zuletzt aus Qualitätsgründen.

Seit 30 Jahren arbeiten Sie als Haus- und Notfallarzt in Liechtenstein. Wurden Sie oder Ihre Kolleginnen und Kollegen bei der Ausgestaltung dieses aktuellen Konzepts mit einbezogen?

Nein, in 8 Jahren hat uns niemand zurate gezogen oder unsere Meinung eingeholt. Ist ja nur konsequent. Die Regierung schreibt im April 2018: «Das Landesspital ist Drehscheibe der inländischen Gesundheitsversorgung und sorgt für die Vernetzung mit anderen Institutionen ...». Da können Sie sich vorstellen, wie uns Hausärztinnen und -ärzte und anderen Akteuren im ambulanten Gesundheitssystem zumute ist! Die Regierung erwartet wohl, dass wir noch applaudieren, während branchenfremde Juristen, Managementberater etc. über die Zukunft der medizinischen Versorgung im Land entscheiden. Ein Beispiel: Heute sind am Spital Vaduz gegen 20 Ärzte, auch im ambulanten Bereich, tätig. Für sie gilt keine Bedarfsplanung, während alle anderen künftigen Ärzte in den Gemeinden, d. h. unser liechtensteinischer Ärztenachwuchs, der Bedarfsplanung unterliegen. Sie dürfen sich auf einer Liste eintragen, bleiben ohne Planungssicherheit und wissen nicht, wann sie nach der langjährigen Ausbildung eine Praxis eröffnen dürfen. Notgedrungen eröffnen sie eine Praxis «überem Rhi». Da gibt es mehrere Beispiele von Buchs bis Sargans. Dort werden sie wertgeschätzt und freundlich willkommen geheissen. Wir vertreiben wertvolles ärztliches Potenzial aus unserem Land. Was hat das mit dem LLS zu tun? Die Gemeinde Vaduz hat noch eine einzige Hausärztin. Das Spital aber baut kräftig das Ambulatorium aus, wohl mit dem Ziel, die in einem Spital dreimal teureren Hausarztkonsultationen zu übernehmen. Und eine solche Entwicklung sollen wir auch noch unterstützen? Auch deswegen nein.

Sie fordern eine strukturelle Veränderung in der gesundheitspolitischen Landschaft, bevor ein Spital neu gebaut wird. Dabei haben Sie eine andere Vorstellung als die Regierung. Sie wollen kein «Emergency-Room-Spital», sondern Geriatrieplätze bzw. ein Spital für die Altersmedizin. Soll das Landesspital künftig nur alte Menschen behandeln und versorgen?

Die Regierung will partout ein Akutspital und spielt mit den Ängsten der Bevölkerung. Sie deutet unterschwellig immer wieder an, dass unsere Seniorinnen und Senioren keinen Platz mehr finden werden, wenn das Spital geschlossen würde. Das ist gelinde gesagt unlauterer Werbung. Ich sage Ihnen, was Sache ist: Wir «Älteren» finden schon im heutigen Spital keinen Platz und würden auch im künftigen «Emergency-Room-Spital» keinen finden. Es ist Fakt, dass ältere Menschen heute nach kurzer Krankheitsphase in einem Akutspital für längere Zeit in einem nicht kostengünstigen Alters- und Reha-Spital landen, z. B. am Walenstadter Berg, in Altstätten oder Valens. Die Regierung verweigert



Pepo Frick will statt des Neubaus eine Alternative zum «rückwärtsgewandten» Spitalkonzept finden.
Bild: Tatjana Schnalzer

sich seit Jahren einer Diskussion, wohin die Reise gehen soll. Der Stiftungsrat plant zusammen mit ausländischen Experten munter drauflos, als ob Liechtenstein eine Insel der Glückseligen wäre, ohne regionale, traditionell gewachsene Gegebenheiten und ohne die finanziellen und qualitativen Folgen zu berücksichtigen. Als Hausarzt und Notfallarzt seit 30 Jahren bin ich überzeugt, dass wir für unser Land den grösseren Mehrwert schaffen, wenn wir eine Alternative zu diesem rückwärtsgewandten Spitalkonzept finden. Lasst uns endlich mit in Liechtenstein tätigen Expertinnen an einen Tisch sitzen und unsere Zukunft gemeinsam planen. Das auch im Lichte des demografischen Wandels. Gerade auch deshalb nein.

Sie kritisieren, dass die Fallzahlen nicht ausreichen, um ein eigenes Spital zu stemmen – vor allem bei den hohen Vorhalteleistungen. Was bedeuten diese?

Ein akutsomatisches Spital ist betriebsbereit, sobald eine minimale Infrastruktur gerade bei propagierter Notfallversorgung bereitsteht. Das umfasst beim geplanten Neubau drei Bereiche: Innere Medizin, Allgemeinchirurgie und Geburtshilfe und verlangt in personeller Hinsicht folgendes: Je vier Kaderärzte in diesen drei erwähnten Disziplinen, wobei die ärztlichen Geburtshelferinnen neu gesucht und angestellt

werden müssen. Zudem braucht es mindestens vier Assistenzärzte, neben mindestens vier Hebammen – heute nicht vorhanden –, einem OPS-Team usw. Diese laufenden Kosten sind die Vorhalteleistungen, die anfallen, bevor eine einzige Patientin bzw. ein Patient behandelt wurde. Dieses erwähnte hoch spezialisierte Team wird für fünf bis sechs hospitalisierte Patienten pro Tag bereitstehen, denn die Regierung selbst propagiert ja eine Fallzahl von 2000 Patienten pro Jahr. Bei einem Geriatrie-Spital hingegen sind diese Vorhalteleistungen viel geringer, da dort lediglich ein ärztliches Team im Fachbereich Geriatrie/Altersmedizin – ohne Notfalldienste – arbeitet. Ein kräftiges Nein zu einem solch unausgeprägten Vorschlag.

Nach dem deutlichen Nein im Jahr 2011 zum Neubau eines Landesspitals hat eine Nachwahlbefragung gezeigt, dass sich 92 Prozent der Befragten eine regionale Zusammenarbeit in der medizinischen Versorgung wünschen. Wo sehen Sie einen Ansatz, nachdem Gespräche und Verhandlungen erfolglos geführt wurden und das Spital Grabs nun auch im Verbund der Spitalregion Rheintal-Werdenberg-Sarganserland eingebettet ist?

Unser Gesellschaftsminister stellt sich unter einer möglichen Kooperation mit St. Gallen nach eigenen Angaben vor,

dass Liechtenstein 50 Prozent der Sitze im Verwaltungsrat innehat. Klar, dass diese Spitalregion, mit einem Einzugsgebiet von mehr als 100 000 Einwohnern, nicht die Hälfte der Sitze an Liechtenstein abtritt, zumal dieser Verbund wiederum in den Kanton St. Gallen eingebettet ist. Die Regierung stellt hier unrealistische Ansprüche. Ich kann mir in etwa vorstellen, wie die Kollegin aus St. Gallen auf diesen Affront reagiert hat. Solche Machtspielchen sind zum Scheitern verurteilt. Liechtenstein und St. Gallen profitieren seit Jahrzehnten voneinander. Setzen wir diese erfolgreiche Kooperation mit Verhandlungen auf richtig verstandener Augenhöhe fort! In der Bildungspolitik funktioniert es ja auch bestens. Auch in diesem Punkt ein klares Nein.

Während sich eine Mehrheit der Liechtensteiner auch wieder eine eigene Geburtsstation wünscht, sprechen Sie sich klar dagegen aus. Warum?

Sind meinen wohl vor allem Liechtensteinerinnen! Wo finde ich die in der Frage postulierte Mehrheit? Ich werde in meiner Praxistätigkeit regelmässig darauf angesprochen. Die Realität: Für einen Rundumdienst braucht es etwa vier bis fünf fix angestellte Hebammen. Bei 200 Geburten pro Jahr betreut eine Hebamme 40 bis 50 Geburten pro Jahr, betreut also alle sieben bis acht Tage eine Gebärende. Wo und wie findet ein Spital für ein solch minimal ausgelastetes Arbeitsfeld qualifizierte Hebammen? Und sind mit dieser Auslastung die Qualitätskriterien erfüllt? Auch Gynäkologinnen und Gynäkologen müssen sich 24 Stunden im Spital aufhalten, weil sie beim Notfall innert 15 Minuten für den Kaiserschnitt parat sein müssen. Frauen im gebärfähigen Alter wissen nach einem solchen Gespräch, wo sie nicht gebären werden! Mit der «Geburtsstation» sollen offensichtlich vor allem die Stimmbürgerinnen emotional dazu verleitet werden, ein auch sonst undurchdachtes Neubauprojekt zu befürworten. Das zeugt von einem unredlichen und unverantwortlichen Vorgehen der Regierung. Noch ein fundierter Grund, mit Nein zu stimmen.

Wenn die Liechtensteiner am 24. November Ja zum Kredit für den Neubaubausagen – wie wird sich das in Ihren Augen auswirken?

Blicken wir nach Appenzell: Vor einem Jahr hat die Innerrhoder Stimmbevölkerung an der Landsgemeinde einen Kredit von 41 Millionen Franken für einen Spitalneubau gesprochen. Weil offensichtlich die angenommenen Vorgaben nicht mehr stimmen, wird das Projekt hinterfragt. Genau das würde ich auch erwarten. Auch bei uns sind rasante Entwicklungen im Gange und altbewährte nachbarschaftliche Beziehungen durch das undiplomatische forsche Vorgehen unserer Regierung gefährdet.

Und wenn die Bevölkerung Nein zum Kredit für den Neubau des Landesspitals sagt?

Dann erhalten wir die Chance, die medizinische Versorgung im Land Bedürfnisgerecht, vor allem für die ältere Generation, und mit allen am Gesundheitswesen Beteiligten aufzugleisen und neu regional zu definieren, um nicht in einer selbst gewählten Isolation zu landen. Bitte beteiligen Sie sich an der Abstimmung und werfen Sie ein überzeugtes Nein in die Urne!

*Das Interview wurde schriftlich geführt.

«Die Regierung verweigert sich seit Jahren einer Diskussion, wohin die Reise gehen soll.»

Pepo Frick
Hausarzt/Co-Präsident FL